

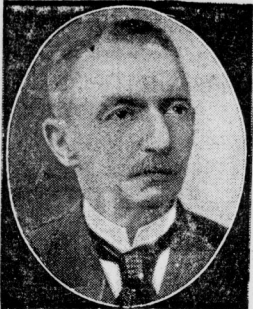
Wahl-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Wahl-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis nach Berlin beträgt 1.60 Goldmark, nach Hamburg 1.80 Goldmark, nach dem Rest des Reichs 2.00 Goldmark. Einmalige Anzeigen sind nach dem Tarif der „Halle'schen Nachrichten“ zu berechnen. Die Anzeigen werden nach Rubriken-Zellen berechnet; die Zeile 0.25 Goldmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Abgeordneter Dr. Windler

Die Deutschnationale Volkspartei hielt in Berlin den Reichsparteitag ab. Zum 1. Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei wurde der Abgeordnete Dr. Windler gewählt.

Im Preussischen Landtag ist von der Deutschnationalen Volkspartei, der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Christlich-Sozialen Vereinigung ein gemeinsamer Antrag eingebracht, der Mittel zur Aufhebung des Dienstvertrags der Pfarrer der evangelischen Staatskirche verlangt.

Reichspräsident Ebert ist an einer Blinddarmentzündung erkrankt und mußte sich einer Operation unterziehen, die Professor Bier noch heute Nacht vornahm. Die Operation ist gut verlaufen. Die verfassungsmäßige Vertretung des Herrn Reichspräsidenten ist dem Reichskanzler Dr. Luther übertragen worden.

Das Reichsarbeitsministerium hat den Schiedspruch über die Arbeitszeit der Arbeiter im Ruhrbergbau vom 5. Februar 1925 für verbindlich erklärt.

Der Chef der Marineleitung, Admiral Zentgraf, ist gestern zu Besichtigungszwecken in Pillau eingetroffen und begibt sich von hier aus zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Königsberg. — Es ist recht gut, daß unser deutscher Marinechef einmal in Ostpreußen nach dem Reichssee kommt. Ganz hinten die Polen sind demnach ein, auch dieser jähliche Kopf, den sie uns gelassen haben, sei spindeln Land.

Wie der „Koslanzeiger“ mitteilt, hat eine Berliner Vertreterversammlung der Nationalliberalen Reichspartei beschlossen, sich der Deutschnationalen Volkspartei anzuschließen.

In der Stadtverordnetenversammlung in Dortmund am Montag, kam es zwischen dem Hauptvorsitzenden der Kommunisten und einem Zentrumsabgeordneten zu einem erregten Wortwechsel, in dessen Verlauf der Kommunist von dem Zentrumsabgeordneten einen heftigen Schlag ins Gesicht erhielt, der das Auge verletzte. Weitere Tätlichkeiten wurden von den Fraktionsgenossen der betreffenden Parteien verhindert.

Wie die Blätter melden, wird der im Mai vorigen Jahres in Steinsamer in Ungarn verhaftete reichsdeutsche Student Robert Göttsche-Vöcker, der von den deutschen Behörden beschuldigt wird, als Mitglied der deutschen Konkludorganisation einen angeblichen kommunistischen Spion getötet zu haben, auf Grund des von der deutschen Reichsregierung gestellten Auslieferungsgesuchs ausgeliefert.

Gestern abend fanden in der großen südfranzösischen Salendard Marzelle in allen Stadtteilen umfangreiche polizeiliche Durchsuchungen statt. Etwa 40 Personen wurden wegen verbotenen Waffenbesitzes festgenommen, ferner rund 300 Personen, die keine Ausweispapiere hatten. — Auf deutsch: Der Kommunisten geht um!

Das Kreuzworträtsel von Berlin

Wer wird Reichspräsident?

Die politisch interessierten, aber mangels Mandats zurzeit nicht offiziell politisch tätigen Leute in Berlin wollen doch auch ihre Erwartungen und Sehnsüchten für sich haben. Mit der preussischen Regierungsbildung, der räumlichen Seite gegen das Reich und mit allen mittleren (schon etwas äußerlich oder doch fast gewordenen) Ständepolitiken hat man nicht genug. Also sucht man sich etwas Neues; die Frage:

„Wer wird Reichspräsident, wenn im Mai die Amtszeit des jetzigen Präsidenten abläuft?“

Seine Machtbefugnisse.

Einerlei eine Frage von allergrößter Bedeutung. Aber die Art, wie sie in inoffiziellen Kreisen behandelt wird, entbehrt nicht der Komik. Daß man sich über die Frage des fünfjährigen Reichspräsidenten Gedanken macht, ist wirklich sehr richtig und wichtig. Denn der Reichspräsident wird auf lange Jahre fest gewählt. Er ist nicht nur gewissermaßen „auf Widerruf“ ernannt, wie jeder parlamentarische Minister, der täglich durch ein Mißtrauensvotum in einen schändlichen Vorzimmer zurückverwandelt werden kann. Außerdem ist er höchster Beamter des Reichs, vertritt Reich und Volk gegenüber den anderen Staaten, muß also schon dieser wesentlichen Eigenschaft seines Amtes entsprechend im Grade absolut überparteilich sein. Endlich hat er innenpolitisch sehr weitgehende Befugnisse, die eigentlich auch nur bei völliger Überparteilichkeit richtig ausgeübt werden können. Kurz, der Reichspräsident ist der Monarch der Republik, gewissermaßen der weltliche Papst, aber der Wahlfalter des alten römischen Reiches deutscher Nation, zum mindesten für die Dauer seines Amtes.

Also ein wirklich außerordentlich wichtiger Mann, dessen richtige Auswahl entsprechend wichtig ist.

Das Wahlverfahren.

Unglücklicherweise ist das Wahlverfahren, nach dem er gewählt wird, reichlich ungewöhnlich. Bei Abfassung des Gesetzes über die

Wahl des Reichspräsidenten hat man es für richtig gehalten, das sonst übliche Verfahren der Stichwahl nicht eintreten zu lassen, sondern zwei voneinander unabhängige Wahlgänge hintereinanderzuschalten.

Als Wahlkandidat kann jeder Reichsangehörige aufgestellt werden, der 5000 Stimmen auf sich vereinigt. Im zweiten Wahlgang können neue Kandidaten aufgestellt werden, und gewählt ist, wer die meisten Stimmen hat. Eine Majorität von einer Stimme genügt.

Die meistgenannten Kandidaten.

Nun ist man also in politischen Kreisen eifrig an der Auswahl von Kandidaten. Vermutlich wird jede Partei einen Kandidaten aufstellen und alle größeren Organisationen auch je einen. Bisher schweben nur einige 60 Namen in der Luft herum, außerdem wird von einer Anzahl Geheimkandidaten gesprochen. Öffentlich genannt wurde schon der jetzt gestürzte Preußentanzler und ehemalige Reichskanzler Marx, ferner der Reichstanzler A. D. Dr. Wirth. Die Sozialdemokraten haben offiziell noch keinen Kandidaten vorkommen lassen, sie denken wohl in erster Linie an Ebert, von dem aber zweifelhaft ist, ob er die Wiederwahl annimmt. Genannt werden ferner der Reichswirtschaftsminister Dr. Gieseler, General von Seest, ein Mitglied des ehemaligen Weimarer Reichspräsidenten und des Reichspräsidenten.

Es sei eine reine Zufallsangelegenheit und damit Zufallsweise im zweiten Wahlgang verbleiben werden, so wird man sich in den Parteien und Organisationen wohl einigen müssen, und diese Einigung vorzubereiten ist das Ziel der ersten inoffiziellen Besprechungen. Bisher haben die beiden Reichsparteien ihre Kandidaten oder etwa einen gemeinsamen Kandidaten noch nicht genannt, ebensowenig ist irgendein feststehend, ob die Parteien der Weimarer Koalition etwa einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen. Man wird aber doch wohl damit rechnen können, daß rechts wie links eine Verberingung erfolgt; dann wird die Wahl eine neue große Entscheidungsschlacht zwischen rechts und links sein. Je eher man sich zu dieser Schlacht sammelt, desto besser.

Polen will auf Danzig nicht verzichten.

Danzig, 23. Febr. Polen hat gegen die Entscheidung des Völkerbundeskommissars, nach der die Einräumung eines Polendienstes mit Völkertruppen, Vorkräften usw. in Danzig nicht berechtigt ist, Berufung bei dem Räte des Völkerbundes eingelegt. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der Rat des Völkerbundes auf seiner 33. Tagung in Genf, die am 4. März 1925 beginnt, eine Entscheidung in dieser Angelegenheit fällen wird. In Danziger beteiligten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Polen erst jetzt gegen die am 4. Februar datierte Entscheidung Berufung eingelegt hat. Hiernach scheint das bekannte Verlangen Polens, die Erledigung schwebender Streitigkeiten durch Verzögerung zu unterbinden, trotz der anders lautenden Rede des Ministers Staatsbürger auf der letzten Völkerbundstagung in Rom seinen Fortgang zu nehmen.

Die Polen weisen die Deutschen aus.

Deutschland trifft Vergeltungsmaßnahmen. Nach Meldungen der polnischen Presse, die durch Berichte der deutschen Konsulatsbehörden in Polen bestätigt werden, haben die polnischen Behörden gemäß Artikel 12 § 2 des deutsch-polnischen Abkommens vom 30. August 1923, den nach dem Polen befindlichen deutschen Opantien die Aufhebung der polnischen Regierung, das polnische Staatsgebiet innerhalb der vertraglich festgelegten Grenzen zu verlassen. Von nachgeordneten Stellen ist hierbei in einer Reihe von Fällen angegeben worden, die polnische Regierung, nach von ihrem Recht, die Abwanderung der deutschen Opantien zu verlangen, deshalb Gebrauch, weil die deutsche Regierung bereits polnische Opantien aus Deutschland ausgemeldet habe.

Demgegenüber ist festzustellen, daß auf Seiten der deutschen Regierung von vornherein die Absicht bestand, ihr Verhalten gegenüber den polnischen Opantien in Deutschland, deren Abwanderung zu verlangen die deutschen Behörden bereit sind, abhängig zu machen von dem Verhalten

der polnischen Regierung gegenüber den deutschen Opantien in Polen. Dies ist auch schon Anfang Januar der polnischen Regierung von dem deutschen Gesandten in Warschau mitgeteilt worden. Bisher war noch nicht einem einzigen polnischen Opantien in Deutschland die Abwanderungsaufforderung zugestellt worden.

Kümmert aber haben die deutschen Behörden sich nicht erheben, die deutschen Opantien die Aufforderung abzugeben zu lassen, das Reichsgebiet innerhalb der vertraglich festgelegten Grenzen zu verlassen, und zwar mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß die deutsche Regierung von diesem ihrem Rechte Gebrauch macht, weil den deutschen Opantien, in Polen bereits die Abwanderungsaufforderungen ausgegangen seien.

Deutschlands Daweszahlungen.

Der Generalrat für die Reparationszahlungen hat wiederum einen Bericht über die Ausgaben und Eingänge seiner Kasse veröffentlicht, der über die letzten Zeitungen und ihre Verwendung bis zum 31. Januar Rechenschaft ablegt. Die Gesamteinnahmen auf die erste Jahresannuität, die bis jetzt eingegangen sind, betragen 384,5 Millionen Goldmark. Von dieser Summe entfallen 385 Mill. M. auf die ausstehende Anteile Deutschlands. Davon haben Frankreich 161,4, Großbritannien 81, Belgien 38,8, Italien 32,4, Japan 1,2, Südlawien 11,9, Portugal 22, Rumänien 2,8, Griechenland 0,95 Mill. M. erhalten. Alle diese Zahlungen sind in Geldeinheiten im Reichsmark ebenfalls etwa 22 Millionen bezahlt worden. Von den gesamten Eingängen sind zu Zahlungen 381,4 Mill. M. verwendet worden, so daß der Verbleib bei der Reichsbank am 31. Januar 13,1 Mill. M. beträgt.

Die italienische Regierung hat zu ihrem Vertreter im Völkerbundstat an Stelle Calandras den früheren Außenminister und Universitätsprofessor in Rom, Senator Viktor Scialoja ernannt.

Die Flotten der Großmächte

Von unserem Londoner Berichterstatter.

London, 20. Februar.

Churchill kann die auf ihn gesetzten Hoffnungen bezüglich der Ermöglichung der Einformung der Flotten nicht nur um 50 % nicht durchzuführen, ohne daß er das Flottenbudget beschneidet. Naturgemäß läßt das den alten Streit über die Flottenstärke wieder aufkommen. In der „Westminster“ ergriff das liberale Parlament mit großem Kaputrientant das Wort. Er ist der Ansicht, demnach daß am Flottenbudget sehr wohl 5 Millionen gespart werden könnten, denn einmal sei die Stärke der Flotte gegenüber jedem möglichen Feind, namentlich in Kreuzern, eine erdrückende, und zweitens sei von nirgendwoher eine Bedrohung zu erwarten. Er befragt den ersten Punkt durch eine vergleichende Zusammenstellung der Kreuzerflotten am 31. März 1914 und 1923, wenn alle jetzigen Programme ausgeführt sein sollten. Der Vergleich gibt folgendes Bild:

	1914	1923 (unter 20 Jahren)
Britisches Reich	126 67	126 67
Ver. Staaten	30 24	30 24
Japan	27 26	27 26
Frankreich	30 14	30 14
Italien	23 15	23 15

Trotz des gemäßigten Rückgangs der Ziffer der britischen Kreuzerflotte von 1914 würde diese immer noch größer sein wie bei den beiden nächststarken Flotten zusammengekommen.

Der Flottenkorrespondent des „Daily Express“ betrachtet die Sache von einem anderen Gesichtspunkt. Er unterscheidet zwischen Schlachtschiffen und den übrigen Seestreitkräften und stellt in seinem Vergleich Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote zusammen. Er läßt ferner des Verhältnismoments halber alle schon vorhandenen Schiffe der drei Klassen fort und vergleicht nur die im Bau befindlichen und die projektierten. Dann stellt die Sache ganz anders aus:

	Kreuzer	Zerstörer	U-Boote	Total
Britisches Reich:	4	5	7	9
Vereinigte Staaten:	2	0	9	11
Japan:	5	9	11	13
Frankreich:	3	16	13	16
Italien:	2	10	4	16

	Kreuzer	Zerstörer	U-Boote	Total
7	2	0	25	8
8	17	1	20	6
6	41	20	68	6
6	17	47	126	2
2	16	16	50	

Rechnet man für jeden Staat die im Bau befindlichen und die projektierten Fahrzeuge zusammen, um etwa auf die Stärke von 1923 zu kommen, so ergibt man:

Flotte	Kreuzer	Zerstörer	U-Boote
Britische:	11	7	7
Amerikanische:	10	0	7
Japanische:	11	26	31
Frankzösische:	9	57	60
Italienische:	4	26	20

Gewiß hat Britannien neben der japanischen Flotte die meisten Kreuzer-Neubauten, aber das enorme Uebergewicht hat Frankreich und Japan an Zerstörern und Unterseebooten!

Unberührt Streiflichter fallen auf die Auswirkungen der Bestimmungen des Abklärungsabkommens von Washington. Es ist zunächst eine eigene Kategorie, daß sich nach den alten Plänen 1914 für 7 Mächte 226 Artzeigliche dieser Klassen im Bau befanden, heute sind es bei 5 Mächten 289. — Die Bekämpfung des Displacements der Kreuzer auf 10 000 Tonnen hat einen neuen Typ eines Kampfkreuzers entwickelt, der den bisherigen gegenüber, wie seinerzeit die Dreadnoughts den Vor-Dreadnoughts und dann wie die Ueber-Dreadnoughts der Dreadnoughts. Und in diesem neuen Typ herrscht schon ein harter Wettbewerb. — Einen neuen Weltreitler scheint Frankreich bezogen zu wollen. Von 1921 ab ist ihm eine neue Schlachtschiffklasse von 35 000 Tonnen gestattet. Aber die französischen Schiffbauindustriellen wollen fast bei einem Riesenschlachtschiff zwei von je 17 500 Tonnen bauen, die eine Geländebreite von 34 Knoten und eine Armierung von 8 30,5-Zentimeter-Geschützen erhalten sollen. Gegenüber diesen „Schlachtschiffen“ werden die 10 000-Tonnen-Kreuzer so gutlos sein wie die Grafen Speer

Neues vom Tage

Das Urteil im Pöpsfälschungsprozeß.

In dem Prozeß gegen die Beamten, die an den Pöpsfälschungen bei der Postzeit des Begräbnisses in Berlin beteiligt waren, kam das Gericht, entgegen den beantragten Zuschüssen nur zu Gefängnisstrafen. Es wurden verurteilt: der Polizeioffizier Schulz zu 1 Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Jerrath, Gomer und Wamagag zu 8 Monaten Gefängnis, Polier und Postwachmeister Gier und Polizeioffizier Schulz zu 5 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Feldmann wurde wegen fortgesetzter Anstiftung zu 8 Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden mangels Beweises freigesprochen.

Das Gericht hat, wie der Vorstehende in der Urteilsbegründung ausführte, trotz aller schwersten Bedenken die Befehle verneint. Die angeklagten Beamten haben pflichtwidrig gehandelt und keine Gefährdung und Schrecken genommen. Es ist aber nicht mit ganz positiver Sicherheit anzunehmen, daß sie die Zuwendungen für pflichtwidrige Handlungen angenommen haben. Es wäre möglich, daß sie der Ueberredung Feldmanns erlegen sind, und es ist nicht nachgewiesen, daß die kleinen Zuwendungen von Zigaretten und Bier im Zusammenhang mit den pflichtwidrigen Handlungen stehen. Es kommt daher der mildere Strafparagraph in Anwendung.

Großzügiger Reparationschwinkel.

Am Düsseldorf wird gemeldet: Einer Wagnersgesellschaft ist es monatelang gelungen, einen Anzahl Loten und ausgiebigen Fabrikanlagen und Kaufleute große Beträge abzuführen. Die Schwindler geben sich als Bewillmächtigte der zuständigen ausländischen Behörden aus und legen ihnen gefälschte Dokumente und Briefe vor, die sie in großen Mengen liefern, die sie zu vergeben hätten. Später ist bekannt, daß die Briefe die Aufträge auf viele Millionen Mark. Die Schwindler vereinbarten Provisionen von 10 Prozent für sich. Sie verlangten und erhielten zum Teil sofort größere Bezahlungen. Als schließlich ein Geschäftiger sich persönlich in Wiesbaden ein Geschäftiger Stelle informierte, ergab sich, daß sämtliche Dokumente gefälscht und die Aufträge fingiert waren.

Die Ermittlungen ergaben, daß als Haupttäter der von der Kriminalpolizei ausgenannt anderer Straftäter gefaschte Kaufmann Joseph Oberth aus Düsseldorf in Frage kommt. Dieser ließ sich durch Helfershelfer die den Geschäftigen als Beauftragter der französischen Behörden in Düsseldorf, Wiesbaden und in anderen Orten vorstellten. Als Mittäter wurden festgenommen die Kaufleute Mebus und Debeaux, die die Gefährte anbahnten und die Wege ebneten. Ferner wurde ein hiesiger Wertmischer festgenommen. Der Erfolg gelang es, sich in Eile der Sicherheit zu bringen.

Die Verforgung der Hinterbliebenen der Dortmunder Opfer.

Bei dem Grubenunglück auf Zeche Minister Stein am 11. Februar wurden 133 Bergleute (darunter 2 Steiger) getötet und 3 verletzt. Von den 136 Hinterbliebenen sind verheiratet 111 Männer haben eine Kinder, 22 haben 1 Kind, 11 haben 2, 8 haben 3, 3 haben 4 und 1 hat 5 Kinder. Von den ungetrauten Verunglückten waren nach vorläufiger Prüfung 20 Familienmitglieder, die übrigen haben keine rentenberechtigten Angehörigen hinterlassen.

Die Bezüge der Hinterbliebenen, die sie aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung sowie aus der Knappschaftsversicherung monatlich zu erwarten haben, richten sich danach, ob der Verunglückte zu der Kategorie A, B oder C und ob er ein oder mehrere Kinder hatte. Die Bezüge sind nach dem Dienstjahre, die der Verunglückte hatte.

Die Bezüge einer Witwe für sich stellen sich auf 42.15 R.-M. bis 71.30 R.-M., diejenigen für eine Witwe mit 3 Kindern auf 164.10 R.-M. bis 242.75 R.-M. und die für eine Witwe mit 5 Kindern auf 189.40 R.-M. bis 285.05 R.-M. monatlich. Für eine Witwe arbeitsunfähig (insalutär) zu erhalten sind die Bezüge aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, die gegenwärtig monatlich 10.25 R.-M.

Neben den obigen Monatsbezügen wird aus der Unfallversicherung ein Sterbegeld von etwa 140.— M. gezahlt. Außer diesem Sterbegeld erhalten die Hinterbliebenen der Knappschaftsmitgliedern aus der Rentenkasse eine Rentenzahlung. Die gesamten Bezüge sind kleiner.

Drei Opfer einer Granate.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Schwandorf (Kreis Dilsdorf), wo zwei Arbeiter von einer Granate getroffen und ein weiterer schwer verletzt wurde. Die drei Arbeiter waren mit dem Streuen von Dünger auf einem Acker, der sich in der Nähe eines Munitionslagers aus der Kriegszeit befindet, beschäftigt. Sie fanden bei ihrer Arbeit eine 10.5-Zentimeter-Granate vor und ein Stückchen von einer anderen Granate. Mit diesem Stückchen klopfen sie nun auf die 10.5-Zentimeter-Granate los, wodurch sie zur Explosion gebracht wurde. Die Wirkung war entsetzlich. Alle drei Arbeiter wurden von den Sprengkräften getroffen. Der Arbeiter Krauß wurde sofort tot, der Arbeiter Döschke erlitt 10 schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus verstarb. Der dritte Arbeiter, namens Sobel, dürfte am Leb'n erhalten bleiben.

Geständnisse des Angeklagten Margies.

Der Tschekaprozeß in Leipzig.

Im Tscheka-Prozeß in Leipzig wurde Montag die Vernehmung des Angeklagten Margies fortgesetzt, der u. a. erklärt, das in der Öffentlichkeit genannte Verjudungsanliegen habe die politische Richtung nicht betreffen sollen, sondern nur die politischen Anschauungen zu tun gehabt. Er habe auch dem Neumann, der seinen Besuch mußte, Auskunft über Logologie gegeben. Was die Dum-Dum-Schloße angeht, so behauptet er eine Parabelumpistolose mit abgeflumpfter Munition. Am Fall Sinnes war er nicht beteiligt. Im Falle Borgh habe er Neumann einen konkreteren Vorschlag gemacht. — Vorl.: Was war das für ein konkretere Vorschlag? Margies: Ich habe

keine Urteile, Geständnisse zu machen, die mich selbst betreffen. — Vorl.: Das ist für gutes Recht. — Margies: Im Falle Raufsch trifft die Schilderung des Neumann im großen und ganzen zu. Von dem Fall Jehrpfund habe ich nichts gewußt. Das Geld für die Arbeit bekam ich durch Zufall in die Hände. Es waren 433 Dollar und 700 Mark deutsches Geld. Das Geld brachte eine Person, über die Neumann Auskunft geben kann. Ich gab das Geld an Neumann. In Frankfurt beauftragte mich Neumann mit dem Fall Tausche. Pooge war Feuer und Flamme für die Pläne, die er mir alle entwickelte. Er schlug auch vor,

den Janke in einem Vorfall zu erbeugen. Pooge hat das Vorstell nach erdenken können (Geheiß). Ich hatte aber inwieweit gehört, daß Janke niemals Kommunist war und als Spiegel gar nicht in Frage kam. Der Angeklagte Margies schildert dann weiter den Verdacht gegen König in Uebereinstimmung mit den übrigen Angeklagten. König löste sich, so lagte der Angeklagte, mit mir am Eberhard-Deinmal treffen, da ich ihm zwei Kriminalbeamte. Für den Fall Wegel machte ich den Vorschlag, daß Pooge Wegel durch einen Tischler ersetzen lassen und König ihm die Söslagader durchschneiden

solte. König nahm zwei Kasseremesser, worüber sich Neumann ebenso wie ich im stillen amüsierten. Vorl.: Dann waren Sie doch eigentlich alle Veräter? Angekl. Margies: Ich habe ja schon gesagt, daß wir uns bis zum März halten mußten. Neumann und ich waren eingeweiht, die anderen nicht. Im Fall Schlotter gingen mir auf Vorschlag König in die „Körbe Noah“, trafen aber dort eine sehr unangenehme Gesellschaft, nämlich lauter Kriminalbeamte. Dann machte ich wieder denselben Vorschlag wie im Falle Wegel. An einen Kriminalwachmeister wäre Pooge niemals herangegangen. König, der im Dienste der Polizei stand, hätte das auch schwerlich getan. Vorl.: Das wußten Sie doch nicht? — Angekl. Margies:

Die beiden spielten gegen uns Komodie und wir gegen sie. Vorl.: Also haben Sie alle Theater gespielt? Angekl. Margies: Ja, natürlich, nur daß die beiden die Polizei hinter sich hatten. Sie haben erwidert, daß wir hier sitzen, sie sitzen aber auch hier. Hierauf folgt die Vernehmung des Angeklagten Sjon. Seine Aufgabe bestand zunächst in der Führung eines Automobils, das er auf der Straße „wegnehmen“ und für die Flucht nach dem eventuellen Attentat auf Seede bereitleiten sollte.

Eine neue Verpflichtung des Sjon sei bestimmt auf die Partei erfolgt. Auch sei der Todesstrafe wurde darin gebrocht.

Sjon erklärt sodann auf Befragen: Mit dem Attentat sollte ich nichts zu tun haben. Von den Fällen Sinnes, Borgh und Jehrpfund weiß ich nichts. Ich war nur für den Fall Wegel verpflichtet worden. Nach dessen Erledigung sollten wir sofort ins Ausland abgehoben werden. Von Helmut habe ich erst nach dem Fall Raufsch etwas gehört. Den Fall Raufsch schildert der Angeklagte in der bekannnten Weise. Beim Bekommen des Namens nach der Tat ist Neumann umgefallen. Neumann hat Pooge hätten sich umarmt, ob sie sich gegüß hätten, wisse er nicht.

Barmats Besuche im Büro des Reichspräsidenten.

Die Empfehlungsschreiben ohne Kopie.

Der Preussische Untersuchungsausschuß für die Kreditaffären (Barmat-Affäre) hielt am Montagmorgen die 34. Sitzung ab. Mitgeteilt wurde ein Schreiben des höchsten Gesandten Dr. G. v. Radenau, der sich gegen die Zeugenaussage wendet, daß er von Barmat 1000 holländische Gulden erhalten haben soll, es habe sich um einen wesentlich geringeren Betrag gehandelt, der ausschließlich zu wohltätigen Zwecken verwendet wurde. Der frühere Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat ein Schreiben an den Ausschuß gerichtet, worin er sich gegen verschiedene ihm betreffende Zeugenaussagen wendet und sich erzieht, vor dem Ausschuß zu erscheinen. Der frühere preussische Ministerpräsident Paul H. v. H. hat dem Ausschuß mitgeteilt, daß er sich weder schriftlich noch mündlich für Barmat verwendet habe.

In der fortgesetzten Zeugenerhebung wird zunächst Frau Margarete Birl vernommen, die 1919 im Bureau des Reichspräsidenten als Stenotypistin bei Frau Krüger beschäftigt war. Sie erinnert sich, daß Barmat zu Krüger ins Bureau kam, sie hat auch nach Krügers Tode Empfehlungsschreiben für Barmat geschrieben.

Eine Frage des Vorstehenden, ob der Herr Reichspräsident einmal ins Bureau kam und der Besatz etwas, bitterte, verneint sie und erklärt, Krüger habe einmal, als Barmat zum dritten Male kam, sich unwohl darüber geäußert, daß dieser schon wieder komme.

Es sei durchaus nicht ungewöhnlich, sondern die Regel gewesen, daß Briefe herausgingen mit der Unterschrift: „Der Reichspräsident J. A. Krüger.“ Auf eine weitere Frage bekennt die Zeugin, die Empfehlungsschreiben für Barmat habe sie auf ausdrückliche Anordnung Krügers ohne Kopie geschrieben.

Hierauf wird der Oberregierungssekretär B. v. S. aus dem Bureau des Reichspräsidenten vernommen, der erklärt, daß ihm Krügers Vorempfehlungen für Barmat niemals bekannt gewesen seien. Julius Barmat habe aber einmal von dem Telefonat nach dem Zeugnis aus ein Privatgespräch nach Amsterdamm geführt ohne Wissen des Reichspräsidenten und Krügers, der damals in Weimar war.

Der hierauf vernommene Zeuge Baumeyer stellt zunächst an den Vorstehenden die Frage,

ob der Ausschuß jemand zur Aussage zwingen könne, was der Vorstehende auf Grund der Strafprozessordnung bejaht. Auf die Frage des Zeugen, woraus er die moralische und sachliche Qualifikation derjenigen Herren erkennen sollte, die ihn hier verhörend wollen, erklärt der Vorstehende: Die Preussische Verfassung bestimmt die Zusammenlegung dieses Ausschusses und Sie müssen sich damit abfinden. Zur Sache selbst erklärt Baumeyer, daß er keinen Barmat kenne und niemals mit ihm in Beziehungen gestanden

habe. Nur über den Fall Starz habe er feinerzeit schriftlich Niederlegungen gemacht, die er demals Herrn Salmann gab. Der Zeuge Davidsohn ist durch eine Reise nach dem Westen verhindert, heute anwesend zu sein. Als der Vorsitzende Dr. Leobold Baumeyer fragt, ob er am Mittwoch noch als Zeuge erscheinen könne, erwidert Baumeyer: Ja, natürlich, wenn es Ihnen Vergnügen macht (dieser Ausdruck wird vom Vorstehenden gerügt). Nächste öffentliche Sitzung ist auf Dienstagvormittag 10 Uhr anberaumt.

Ein origineller Rechtspruch.

In einem englischen Gerichtshof wurde kürzlich in launicher Weise eine Rechtsfrage gelöst. — Es war gelungen, durch einen geschickten Vergleich alle kritischen Punkte eines heftigen und langwierigen Familienstreites beizulegen; einzig und allein war seine Einigung über eine Anteilzahlung von 300 bzw. 400 Pfund Sterling des Beklagten an den Kläger zu den Prozesskosten zu erzielen. Als die Ausgleichsverträge beiderseitig auf härtesten Widerstand stießen und die Frage kritisch zu werden drohte, kam der gegnerische Rechtsanwalt auf einen kuriosen Ausweg. — Das Los, so meinte er, solle über die Höhe der Zahlung entscheiden. Dagegen willigten die Parteien ein, und man entschied sich, daß der Kopf einer fallenden



Münze dem Kläger 300, die Schrift 400 Pfund Sterling zubilligen sollte. Der Vorsitzende, der kein Spielverderber war, ließ den sonderlichen Einfall zu, bemerkte aber, daß lösen nicht zu den alltäglichen Rechtsentscheidungen gehöre; und — „Schrift“ genannt.

Der Messerheld auf der Hochzeitsfeier.

Gelegentlich einer niederbayerischen Hochzeit in Oberhofen bei Vandsbut an ein angetrunkenem Dienstmädchen namens Wimmer im Verlauf eines Bräutigams auf völlig unbefähigter Person mehrere Schüsse ab. Als die Waffe verlor, zog der Wütende einen Dolch und verletzte sechs Personen lebensgefährlich, so daß sich ihre Lieberführung in ein Krankenhaus erforderlich machte. Die ganze Menge versetzte darauf den Messerhelden hübschlich tot.

Die Archidiebstähle des Privatgelehrten.

Wegen jahrelang fortgesetzter Archidiebstähle wurde in Berlin, wie wir berichteten, vor vier Wochen der Archidiebstahl Dr. Sautz verurteilt, mit ihm auch sein Freund und Mitarbeiter u. Bohlenhagen. Schon bei der Verhaftung wurde eine große Menge von Material aus vielen Archiven, zu denen Dr. Sautz als Verfaller eines großen Geldes über deutsche Literatur im Laufe der Jahre Zutritt gehabt hatte, beschlagnahmt. In der Behandlung u. Bohlenhagen fand man nur die Schlüssel zu zwei Tresoren einer Berliner Großbank. Man öffnete die Tresoren und fand sie mit wertvollen geologischen Material angefüllt. U. a. eigenhändige Briefe, Ethnologische, Geologische, Einzel und die Hohlschollen von Friedrich dem Großen bis zu Wilhelm II. Ein Teil des gesamten Materials war in Attentatsverordnungen und sollte angeblich bei der Wafelung der Kulturgeschichte Deutschlands verwendet werden. Dr. Sautz gibt zu, einen Teil der löslichen Urkunden usw. aus Archiven entwendet zu haben. Das Material kommt aus Wien, Damstadt, Venedig und anderen Städten. Es befindet sich darunter eine Archivarhandschrift aus dem 11. Jahrhundert, eine eigenhändige Aufzeichnung der Römische Liste über ihre Haushaltung, Briefschaften aller Art, u. a. von Bismarck, Gladstone und Verordnungen und sogar ein Fehrbüchel, mit dem Friedrich der Große geschrieben hat. Die Ermittlungen über die Herkunft der einzelnen Sachen erstrecken sich u. a. auch auf das Britische Museum in London und das Vatikanische Archiv in Rom.

Rätselhafte Verhörungen junger Mädchen.

In der letzten Zeit sind in Sudapest unter rätselhaften Umständen mehrere junge Mädchen verhaftet worden. Die Tochter eines Reichsanwaltes, Wilma Stotter, eine Herzogin des Schenker, zwei sehr hübsche Sagen, nämlich Welter und die 16jährige Katharin Tereza Bandau und die 17jährige Rosa Wittmann, ebenfalls eine auffallende Schönheit, verhaftet worden. Auch ein zwölfjähriger Schüler, Johann Karoscan, wird gefolgt.

Schläger bei einem Balle.

Aus Rempen i. Mähren meldet ein Drahtbericht: In der Sonntagabend, ist es gelegentlich eines Balles in einem hübschen Hotel zu schweren Anstößen zwischen Angehörigen der Reichswehr und Reichsgeheimen. Die Ursache sollen verlebte Redensarten eines Feldweines gewesen sein. Im Verlauf der hübschen Rufezeit hat sich ein oberer Feldweibel aus der Kaiserlichen Militär mit Stahlhelm und aufgeflossener Seitenwehr, das eine Anzahl Pfeiler festnahm und nach der Wache transportierte. Auf beiden Seiten sind es Schmutzverlechte. Die Unterhandlung dauert noch an.

Was einer Fletner-Rotor-Nacht. Eine Fletner-Rotor-Nacht ist auf der Werk von Gebroder Wurmler in Burg bei Bremen im Bau. Sie hat eine Länge von 10.5 Meter, erhält aber keinen Strom, sondern nur einen kleinen Elektromotor zum Antrieb des Rotors. Anfang März soll die erste Probefahrt in Anwesenheit des Erfinders Fletner auf der Weier stattfinden.

Das Auto auf dem Bürgerfest. Abends fuhr ein Lastauto in die Spiegelfesthalle einer Wirtschaft in Rößling und erlachte mehrere auf dem Bürgerfest befindliche Personen, die unter die Fächer kamen und zum Teil entsetzlich verletzt wurden. Ein Familienvater ist den erlachten Verletzungen erlegen.

Verhaftete Seewerber. Die Polizei verhaftete zwei Amerikaner wegen Teilnahme an einem Überfall, den sie im vergangenen Jahre gemeinschaftlich mit einer Reihe anderer Banditen auf das Postschiff „Beronica“ an der Küste von Long Island unternommen hatten.

Das Grubenunglück in Sullinon. Zu dem großen Unglück, das sich am Freitag in Sullinon (Ansbach) in dem Kohlenbergwerk der hiesigen Robben-Kompagnie ereignete, meldet ein Punktbericht, daß es den Rettungsmannschaften gelang, bisher 43 Leichen zu bergen.

Blutiger Kampf mit sinesischen Flupferlingen. Englische Blätter berichten aus Randon, daß der portugiesische Dampfer „Dogala“ auf der Höhe von Macao von 20 sinesischen Piraten überfallen wurde. Nach langem und erbittertem Kampfe mußten sich die Piraten zurückziehen. Die Verluste auf beiden Seiten betragen 79 Mann, von denen 40 Mann, die nur leicht verletzt wurden, den Tod durch Ertrinken fanden.

Eine Stadt niedergebrannt. Die Stadt Rahmanieh in der Nähe von Damantun (Ägypten) wurde fast vollständig durch Feuer zerstört. 30 Personen wurden getötet, 38 schwer verletzt. 500 Häuser sind niedergebrannt.



